

Landesseniorenbeirat M-V e.V.  
Perleberger Straße 22  
19063 Schwerin

Schwerin, 4. Juni 2024

## **Stellungnahme zu Ihrem Schreiben zu den Leitanträgen und Resolution des 12. Altenparlamentes 2022**

Sehr geehrter Herr Rosenheinrich,

vielen Dank für Ihr Schreiben, indem Sie um eine Stellungnahme unserer Fraktion bezüglich der Einbeziehung der Leitanträge und Resolutionen des 12. Altenparlamentes in die landespolitische Arbeit bitten. Darauf möchte ich gern im Folgenden näher eingehen.

Mit dem Ausbau und dem Erhalt einer flächendeckenden, bedarfsorientierten und ausgewogenen Beratungslandschaft in Mecklenburg-Vorpommern hat sich das 12. Altenparlament eines zweifelsohne wichtigen Themas angenommen. In unserem Land besteht ein großer Bedarf in der sozialen und gesundheitlichen Beratung. Hinzu kommen die Herausforderungen aufgrund vieler ländlich geprägter Räume und der damit verbundenen weiteren Wege. Mit Inkrafttreten des Gesetzes über die Finanzierung und zur Transparenz in der Freien Wohlfahrtspflege in Mecklenburg-Vorpommern (WoftG) wurde eine finanzielle Neustrukturierung vorgenommen. Wir teilen den Tenor ihres Leitantrages, dass das Land dennoch weiterhin eine übergeordnete Verantwortung für die Sicherstellung der sozialen und gesundheitlichen Beratung hat. Vor diesem Hintergrund hat die CDU-Fraktion das Thema u.a. zum Gegenstand der Befassung im Ausschuss und Kleiner Anfragen gemacht.

Das 12. Altenparlament hat sich mit dem Leitantrag zur Förderung der Medienkompetenz Analoges Leben in digitalen Zeiten ausgesprochen. Für uns als CDU ist klar: Die Hilfen bei der Nutzung digitaler Angebote müssen ausgebaut werden. Zugleich muss natürlich sichergestellt werden, dass wesentliche Angebote und Dienstleistungen weiterhin auch analog erreichbar bleiben. Angesichts der angespannten Fachkräftesituation und der vielen ländlichen Räume in Mecklenburg-Vorpommern wird dies zunehmend eine größere Herausforderung. Digitale Angebote, z.B. im Bereich der Telemedizin, bieten hier eine große

Chance. Sie dürfen aber nicht dazu führen, dass sich etwa Seniorinnen und Senioren ausgeschlossen fühlen. Gerade vor dem Hintergrund, da der persönliche Kontakt für viele Menschen weiterhin eine große Rolle spielt. Bezüglich der digitalen Ausstattung der Pflegeeinrichtungen hat die CDU-Fraktion im Rahmen ihres 10-Punkte-Planes zur Stärkung der Pflege gefordert, dass auf Bundesebene nicht nur die Anschaffung, sondern auch der Betrieb digitaler Angebote und Infrastruktur gefördert und refinanziert werden. Dies ist gegenwärtig nämlich nicht der Fall und führt dazu, dass Fördermittel kaum von den Pflegeeinrichtungen abgerufen werden.

In diesem Zusammenhang möchte ich gern auch den Aspekt der drastisch gestiegenen Eigenanteile in stationären Pflegeeinrichtungen aus der Resolution des 12. Altenparlamentes aufgreifen. Als CDU-Fraktion fordern wir seit geraumer Zeit eine Entlastung, zunächst über ein Landeshilfsprogramm und kürzlich noch einmal über eine Beteiligung des Landes an den Investitionskosten gemäß § 9 SGB XI in Höhe von 20 Millionen Euro jährlich. Alle Initiativen wurden jedoch von Koalitionsfraktionen abgewiesen. Dass nach Aussagen des Bundesgesundheitsministers die dringend notwendige Reform der Pflegeversicherung wohl in dieser Legislaturperiode nicht mehr umgesetzt wird, verschärft die Situation weiter.

Mit dem Klimaschutzkonzept des Landes Mecklenburg-Vorpommern, den Förderrichtlinien zum Schutze des Klimas und der Fortschreibung des Aktionsplanes Klimaschutzes sind Maßnahmen getroffen worden, um zur Verminderung der Treibhausgasemissionen bei gleichzeitigem Erhalt des Wirtschaftswachstums beizutragen.

Aktuell erarbeitet die Landesregierung ein Klimaschutzgesetz, welches jährliche Minderungsziele durch die Vorgabe von Jahresemissionsmengen für acht Sektoren festlegt.

Klimaschutz besteht jedoch nach unserer Auffassung nicht nur darin, CO<sub>2</sub>-Emissionen zu reduzieren. Neben der ökologischen Komponente müssen auch ökonomische und soziale Belange ausreichend berücksichtigt werden.

Klimaschutz bedeutet Umwelt- und Naturschutz, besserer Schutz unserer Wälder, unserer Gewässer und unserer Artenvielfalt. Mehr Klimaschutz bedeutet letztlich: mehr Lebensqualität für alle Menschen jetzt und vor allem auch für zukünftige Generationen. Deshalb sprechen wir uns für ein moderates Vorgehen aus, welches sowohl wirtschaftlich, sozial als auch ökologisch nachhaltig ist.

In Ihrer Resolution „Bildung im Alter – für alle ermöglichen“ hat das 12. Altenparlament ein weiteres wichtiges Thema aufgegriffen. Mit den Seniorenakademien M-V, den SeniorTrainern und dem Projekt „SilverSurfer“ sowie den Volkshochschulen im Land gibt es zwar bereits eine Reihe von Angeboten, eine stärkere Vernetzung und Koordinierung wäre jedoch in der Tat zielführend. In diesem Zusammenhang hatte sich bereits die Enquete-Kommission „Älter werden in M-V“ in einem eigenen Kapitel mit dem Thema befasst und entsprechende Handlungsempfehlungen formuliert. Ich unterstütze die Auffassung, dass Bildung im Alter stärker in den Fokus genommen werden muss. Nicht zuletzt aufgrund des demographischen Wandels wäre es fahrlässig, die vorhandene Expertise und Lebenserfahrung von Seniorinnen und Senioren nicht zu nutzen und zu fördern bzw. diese weiterzuentwickeln.

Für Rückfragen oder Anmerkungen stehe ich selbstverständlich gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Daniel Peters  
Daniel Peters, MdL  
Fraktionsvorsitzender